

Rezensionen

Philippe Bragard, Jean-François Chanet, Catherine Denys und Philippe Guignet (Hrsg.), *L'armée et la ville dans l'Europe du Nord et du Nord-Ouest, du XVe siècle à nos jours*, Louvain-la-Neuve 2006, 409 S., 49 € [ISBN2-87209-777-5].

Der Sammelband widmet sich dem Verhältnis zwischen Armee und Stadt und geht auf eine Tagung an der Universität Lille III im Mai 2004 zurück. In 25 Beiträgen von französischen, belgischen, luxemburgischen, niederländischen und deutschen Historikern werden die verschiedensten Facetten dieser Thematik für den Zeitraum vom 15. Jahrhundert bis zum 21. Jahrhundert beleuchtet. Die Beiträge sind, wie oft bei Sammelbänden, von unterschiedlichster Qualität. Die Schwierigkeiten, das vielfältige Tagungsmaterial zu ordnen, werden schon im Inhaltsverzeichnis deutlich. Ein Teil der Beiträge passt weder unter die Überschrift „Relations civilo-militaires“, „Pouvoir municipale et armée“ noch unter den Titel „Rôle économique de l'armée“, sondern wird dem Leser ohne jegliche Zuordnung präsentiert.

Insgesamt überwiegt jedoch der positive Eindruck, nicht zuletzt, weil hier neben der Frage nach den Beziehungen zwischen der Armee und den städtischen Behörden, den Militärangehörigen und den Einwohnern sowie der ökonomischen Bedeutung vom Militär für die Städte ein Thema zum Zuge kommt, das in der Historiographie bisher kaum Beachtung gefunden hat. So wird etwa die Frage nach den ökologischen Auswirkungen des Festungsbaus und der Unterbringung von Soldaten innerhalb der Städte gleich in mehreren Beiträgen behandelt, auch wenn dies in den Titeln nicht immer zum Ausdruck kommt und sich auch aus der Gliederung des Sammelbandes nur schwer erschließen lässt (siehe insbesondere den Beitrag von Odile Roynette zur Wasserversorgung der Armee in den nordfranzösischen Städten am Ende des 19. Jahr-

hundreds und Emmanuel Garnier zu Strasbourg im 18. Jahrhundert).

Angesichts der Vielzahl der Aufsätze beschränkt sich die vorliegende Rezension auf die Besprechung einiger weniger Beiträge mit Bezug zur Frühen Neuzeit. GUY THEWES beschäftigt sich in seinem Aufsatz zur Stadt und Festung Luxemburg im 18. Jahrhundert mit der Frage der ökonomischen Bedeutung des Festungsbaus für die städtische Wirtschaft, den dazu nötigen Investitionen und der Konfiszierung von Land. Die Festung Luxemburg erfuhr in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts massive Investitionen seitens der Österreicher. Die damit verbundenen Bauarbeiten begünstigten jedoch nicht direkt die städtische Ökonomie, denn es wurde vor allem auf auswärtige Ingenieure und Handwerker zurückgegriffen. Für weniger qualifizierte Bautätigkeiten wurden Söldner und Bauern aus dem Umland beschäftigt. Damit bestätigt sich laut Thewes der vermutete positive Effekt des Festungsbaus auf die städtische Ökonomie nicht. Allerdings schließt dies, wie der Autor bemerkt, indirekte konsumgebundene Wirkungen nicht aus. Die anschließenden Erläuterungen zu Konflikten über Landnutzung im Umfeld der Militäranlagen hätten es vielleicht verdient, vertieft in einem eigenen Artikel behandelt zu werden.

Die Frage nach den Kosten der Truppenunterbringung wird gleich in mehreren Beiträgen behandelt. So stellt z. B. CHRISTINE LAMARRE für die Kleinstadt Auxonne in der Grafschaft Burgund fest, dass die Bilanz der militärischen Präsenz zwiespältig ausfällt: Aus finanzieller Sicht paralyisierte die Unterhaltung der Truppen und der Bau von Kasernen die städtischen Finanzen. Doch profitierte die Stadt von der Etablierung neuer Berufsgruppen und insbesondere von der Gründung einer Artillerieschule.

Die Hafenstadt Brest war im 18. Jahrhundert laut PHILIPPE JARNOUX eine sowohl wirtschaftlich als auch politisch vollkommen von der Armee abhängige Stadt. Die Einwohnerzahl Brests wuchs zwischen 1660 und 1789 von 3.000 auf 30.000. Die städtische Politik wurde vom Intendanten und dem Kommandanten der Marine

dominiert. Die Auswirkungen dieser militärischen Präsenz werden von Jarnoux unter anderem am Beispiel des Preisniveaus gezeigt. Die Lebenshaltungskosten in Brest waren während des 18. Jahrhunderts vergleichsweise hoch. Gleichzeitig bot die Armee aber zahlreiche Verdienstmöglichkeiten, sowohl im Bausektor als auch in der Verwaltung. Während die lokale Bevölkerung als Kreditgeber der Armee fungierte, gingen laut Jarnoux in den 1750er und 1760er Jahren 20 bis 40 Prozent der Ausgaben der Armee an auswärtige Lieferanten. Der Autor berücksichtigt bei seiner Darstellung allerdings die Auswirkungen des Konsums seitens der Militärangehörigen nicht, so dass kein abschließender Befund erkennbar ist.

Diesbezüglich lohnt sich ein Blick auf den Beitrag von STÉPHANE PERRÉON, der sich der Frage des Konsums durch das Militär in bretonischen Städten des 18. Jahrhunderts zuwendet. Er kommt zu dem Ergebnis, dass die Unternehmer der Etappe selten zur höheren Bürgerschaft gehörten, d. h. von der Armee profitierten vor allem kleinere Unternehmer und Handwerker. In der Bretagne dauerte es länger als in den nördlichen und östlichen Grenzstädten Frankreichs, bis die lokalen und regionalen Entscheidungsträger sich der ökonomischen Bedeutung des durch die Truppen erzeugten Konsums bewusst wurden. Die Stadt Rennes beispielsweise bat erst im Jahr 1789 um die Etablierung einer permanenten Garnison.

In den Niederlanden entwickelte sich, so die These von GRIET VERMEESCH, die sich mit den Garnisonen Gorinchem und Doesburg während des Achtzigjährigen Krieges beschäftigt, das Einquartierungswesen anders als in Frankreich oder in den Südlichen Niederlanden zu einer lukrativen Angelegenheit. In den 1590er Jahren wurden entsprechende Tarife für die Einquartierung zwischen den Provinzen festgelegt. Die Unterbringung wurde nicht wie in den Südlichen Niederlanden von den jeweiligen lokalen Behörden organisiert, sondern die Söldner mussten sich selbst mit den jeweiligen Familien verständigen. Damit waren die Familien in einer stärkeren Verhandlungsposition und entschieden selbständig über die Anzahl der von ihnen aufzunehmenden Soldaten.

Mit den ökologischen und damit auch ökonomischen Auswirkungen des Festungsbaus in Straßburg beschäftigt sich EMMANUEL GARNIER. Die Stadt wurde, so Garnier, nach der französischen Eroberung vom 30. September 1681 nicht nur zu einer bedeutenden Garnisonstadt (1789 waren hier 6.000 Soldaten stationiert), sondern die entstandene massive Präsenz des Militärs hatte auch direkte und weitreichende Konsequenzen für die unmittelbare Umwelt der Stadt. Die Armee benötigte ungeheure Mengen von Holz, sowohl als Brennholz als auch als Baumaterial. Damit wurde laut Garnier eine weitreichende Abholzung eingeleitet. Gleichzeitig griffen die Festungsarbeiten am Rhein in das Ökosystem des Flusses ein, Überflutungen und Erosion waren die Folge. Die Armee versuchte die Erosion mit Hilfe von Reisigbündeln zu bekämpfen, die Holzknappheit nahm damit weiter zu. Als Folge musste die Stadt Holz aus den Vogesen und aus dem Rheintal beziehen.

Der vergleichende Beitrag von MARKUS MEUMANN zu Nordfrankreich und dem Herzogtum Magdeburg im 17. Jahrhundert untersucht die These von Jean Meyer (*La France Moderne*, Paris 1985), wonach die französische Armee weniger Verwüstungen und Brutalitäten ausgeübt hätte, als andere Armeen. Meumann zieht den Schluss, dass sich diese These für den Dreißigjährigen Krieg nicht aufrechterhalten lässt. Dagegen lassen sich Unterschiede im Bezug auf die Friedenszeit feststellen. Die Situation der Zivilbevölkerung sei besser gewesen, wenn die Konflikte zwischen Militärs und Einwohnern unter ziviler Jurisdiktion oder unter den Kompetenzen des Intendanten fielen. Solche Ansätze findet Meumann aber nicht nur in Frankreich sondern auch in Magdeburg.

Der oberste Gerichtshof (Parlement) von Grenoble ist der Untersuchungsgegenstand von CLARISSE COULOMB. Der Beitrag weist auf die interessante, laut der Autorin, in Frankreich einzigartige Situation hin, in der der Präsident des Parlaments bei Abwesenheit des Gouverneurs der Provinz und dessen Stellvertreter die oberste Armeeführung innehatte. In den Jahren 1716 bis 1743 konnten die Präsidenten damit wiederholt sowohl die rechtliche als auch die militärische Autorität stellen. Die Folge dieser Bündelung war die

Rezensionen

Ausweitung der polizeilichen Kompetenzen des Militärs. Als das Parlament im Jahr 1743 die Autorität über die Armee verlor, führte dies zu einem dauerhaften Konflikt mit den Militärs, die weiterhin auf ihre etablierten polizeilichen Kompetenzen beharrten. Die Beziehungen zwischen den Mitgliedern des Parlaments und den Militärkommandanten waren dabei nicht nur durch Konkurrenz sondern auch durch soziale Netzwerke und übergreifende Karriereinteressen sowie durch Kooperation geprägt. Dabei spielte die Krone im Aushandlungsprozess zwischen diesen beiden Instanzen eine entscheidende Rolle.

Insgesamt ermöglicht der vorliegende Sammelband einen breiten Überblick über die Erforschung des Militärs in der Gesellschaft in der Frühen Neuzeit, vornehmlich in Frankreich und in den Benelux-Ländern. In der Mehrzahl handelt es sich um gründlich recherchierte und klar argumentierende Fallstudien. Methodische Überlegungen findet man dagegen kaum.

Hanna Sonkajarvi